

### Kleine Anfrage mit Antwort

#### Wortlaut der Kleinen Anfrage

des Abgeordneten Heiner Bartling (SPD), eingegangen am 27.01.2010

#### Notwendige Nachfragen zur Florida-Reise des Ministerpräsidenten - Teil I

Aufgrund einer Dringlichen Anfrage der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat sich der Ministerpräsident gezwungen gesehen, öffentlich eine Vorteilsnahme und zwei Verstöße gegen das Ministergesetz einzugestehen. Dabei hat er viele der sich aufdrängenden Fragen zu seiner Florida-Reise und zum Zustandekommen des Festpreises der Air Berlin beantwortet und falsche Angaben aus einer ersten Erklärung seiner Pressestelle gegenüber dem Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* bezüglich des Zeitpunktes seiner Kenntnisnahme der Festpreisregelung korrigiert. Gleichzeitig hat er auch über das Zustandekommen des nachträglichen Kostenausgleichs zwischen dem ursprünglich von Herrn Hunold (Air Berlin) angewiesenen Festpreis und den real anfallenden Kosten für den Hin- und Rückflug in der Businessklasse berichtet.

Trotzdem bleiben - auch aufgrund der durch die Geschäftsordnung begrenzten Zahl von möglichen Nachfragen bei Dringlichen Anfragen - noch einige Komplexe ungeklärt. Dazu gehören aus Sicht der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag Fragen

- zum Verhältnis zwischen der Summe der letztendlich geleisteten Zahlungen des Ministerpräsidenten und dem tatsächlichen Flugpreis und zu seinen Kenntnissen über den Umfang der gewährten Vergünstigungen,

(Dazu muss erläuternd gesagt werden, dass dem Ministerpräsidenten ursprünglich für den Flug in der Businessklasse ein Festpreis von 2 759 Euro in Rechnung gestellt wurde, der auch gezahlt wurde. Nachträglich wurden von ihm dann als Differenz zum tatsächlichen Preis der Businessklasse für zwei Erwachsene, ein Kind und ein Kleinkind noch mal laut eigenen Angaben 3 056 Euro überwiesen. In der Summe sind dies 5 815 Euro. Auf der aktuellen Preisliste von Air Berlin ist jedoch ein solcher Leistungsumfang nicht unter 9 000 Euro (Sparpreis) bzw. 12 000 Euro (Flexpreis) zu buchen. Trotz des möglicherweise vom Ministerpräsidenten durch die Buchung im Mai 2009 in Anspruch genommenen Frühbucherrabattes erscheint der Unterschied doch gravierend.)

- zum Verhältnis des Ministerpräsidenten und der Niedersächsischen Landesregierung zu Herrn Hunold und dessen Firma Air-Berlin
- und zum Verhältnis des Ministerpräsidenten zu dem Besitzer des Urlaubssitzes in Coral Springs, den von ihm als persönlichen Freund beschriebenen Herrn Egon Geerkens aus Osnabrück.

Ich frage deshalb die Landesregierung:

1. Offenbar hat der Ministerpräsident bzw. seine Gattin mehrmals mit Herrn Hunold über die Flugvergünstigungen gesprochen. Nach Aussagen des Ministerpräsidenten vor dem Plenum waren dabei Sicherheitskriterien ausschlaggebend. Diese gelten aber dann auch für den Rückflug. Ist also bei diesen Gesprächen jeweils immer nur vom Hinflug gesprochen worden, oder gab es - und wenn ja, ab wann - Hinweise darauf, dass sich diese Vergünstigung auch auf den Rückflug bezieht?
2. Die Unterschiede zwischen dem letztlich vom Ministerpräsidenten gezahlten Preis von 5 815 Euro und den aktuell für die Businessklasse zu ermittelnden Flugpreisen der Air Berlin sind doch erheblich. Sie betragen mehr als 3 000 bzw. mehr als 6 000 Euro. Wie erklärt sich die Landesregierung diese Differenz?

3. Wann und bei welcher Gelegenheit ist es in der Amtszeit des Ministerpräsidenten zum ersten Kontakt zwischen dem Ministerpräsidenten und Herrn Hunold von der Air Berlin gekommen?
4. Hat es seit dem Jahr 2003 Entscheidungen der Landesregierung oder von der Landesregierung mit beeinflusste Entscheidungen (z. B. im Rahmen des Konfliktes um den Start von Easyjet-Flugzeugen vom Flughafen Langenhagen) gegeben, die sich positiv auf die Geschäfte der Firma Air Berlin ausgewirkt haben?
5. Hat die Firma Air Berlin seit 2003 Fördergelder oder andere Zuwendungen vom Land Niedersachsen empfangen, oder ist sie auf andere Weise vertraglich mit dem Land Niedersachsen verbunden?
6. Hatte oder hat das Land Niedersachsen besondere Konditionen für die Beförderung von Gästen von der Air Berlin erhalten und, wenn ja, bei welchen Gelegenheiten?
7. Bei welchen Veranstaltungen bzw. Vorhaben der Landesregierung seit 2003 ist Air Berlin bisher als Sponsor aufgetreten, und wie hoch waren jeweils die zur Verfügung gestellten Summen?
8. Hat die Firma Air Berlin Spenden für die CDU-Niedersachsen geleistet?
9. Stand Herr Wulff vor seiner Zeit als Ministerpräsident zu Herrn Geerkens neben freundschaftlichen auch in beruflichen Beziehungen?
10. Hatte oder hat Herr Geerkens eine Firma, die finanzielle Zuwendungen (Fördermittel o. Ä.) vom Land Niedersachsen empfangen hat?
11. Hat es offizielle Aktivitäten des Landes Niedersachsen oder des Ministerpräsidenten (z. B. Besuchstermine, Reisen o. Ä.) gegeben, an denen Herr Geerkens teilgenommen hat und, wenn ja, an welchen Aktivitäten und in welcher Eigenschaft?
12. Hat es auf der Reise nach Florida und während des Aufenthalts in Coral Springs eine Sicherheitsbegleitung durch das LKA gegeben, und, wenn nein, wurde die Sicherheit des Ministerpräsidenten
  - a) durch niemanden,
  - b) durch einen privaten Sicherheitsdienst bei Kostenübernahme durch andere,
  - c) durch eine andere Methodegewährleistet?
13. Falls die Kosten für die Sicherheit des Ministerpräsidenten von anderen übernommen wurden, wer hat diese Kosten getragen?
14. Wurde dem Ministerpräsidenten das Haus für seinen Urlaub von Herrn Geerkens kostenfrei überlassen?
15. Hat der Ministerpräsident seinen Urlaub nur im Hause von Herrn Geerkens verbracht, oder hat er auch andere Urlaubsaktivitäten auf Einladung Dritter (z. B. einen Segeltörn) unternommen und, wenn ja, mit welchen Personen?

(An die Staatskanzlei übersandt am 01.02.2010 - II/721 - 569)

**Antwort der Landesregierung**

Niedersächsische Staatskanzlei  
- 202 - 01421/1/16 -

Hannover, den 28.01.2010

Ministerpräsident Wulff hat im Landtag im Rahmen der Beantwortung der Dringlichen Anfrage der SPD-Fraktion am 21. Januar 2010 umfassend und ausführlich zu dem Sachverhalt jener Anfrage Stellung genommen und alle gestellten Fragen beantwortet. Weil er keine Antwort schuldig geblieben ist, gab es keine weiteren Fragen, denn es hätten insgesamt 25 Fragen gestellt werden können, es wurden aber nur 8 gestellt. Selbstverständlich beantwortet die Landesregierung auch weitere Fragen.

Entgegen der Eingangsbehauptung in der Kleinen Anfrage liegt gerade keine Vorteilsannahme vor. Der Ministerpräsident hat einen Fehler eingeräumt. Es gibt keine Diskrepanz zwischen seinen Ausführungen am 21. Januar 2010 im Niedersächsischen Landtag und den Erklärungen gegenüber dem Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL*.

Dies vorausgeschickt beantworte ich die Fragen im Einzelnen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Der Ministerpräsident hat in seiner ausführlichen Antwort auf die Dringliche Anfrage der SPD in der Plenarsitzung am 21. Januar 2010 umfassend dargelegt, dass Air Berlin für seinen Amerikaflug aus Sicherheitsgründen ein Upgrade erwogen und angeregt hat. Voraussetzung für die Realisierung waren sowohl für den Hinflug als auch für den Rückflug entsprechende freie Kapazitäten in der Business Class. Dass es zu einem Upgrade für den Hinflug tatsächlich kommt, hat der Ministerpräsident am 20. Dezember 2009 aus seinen Reiseunterlagen entnommen. Für den Rückflug hat er dies ebenfalls erst kurz vor Reiseantritt erfahren, nämlich am 3. Januar 2010, dem Tag der Rückreise.

Zu 2:

Wie von Ministerpräsident Wulff in seiner Antwort auf die Dringliche Anfrage am 21. Januar 2010 im Landtag ausführlich dargelegt worden ist, hat er am 14. Januar 2010 den Auftrag erteilt, dass der Differenzbetrag zwischen Economy- und Business Class durch Air Berlin von seinem Konto eingezogen wird. Noch am 14. Januar 2010 ist von Air Berlin ein Betrag in Höhe von 3 056 Euro zur Einziehung veranlasst worden. Am 15. Januar 2010 hat der Ministerpräsident eine neue Rechnung in Höhe von 5 815 Euro von Air Berlin erhalten. Es gab für den Ministerpräsidenten keinen Anlass, an dem von Air Berlin in Rechnung gestellten Betrag zu zweifeln. Dass die Rechnung korrekt war, zeigt sich auch aus einer vorgenommenen Internet-Recherche. Diese Recherche ergibt unter Zugrundelegung der Buchung eines entsprechenden Hin- und Rückfluges, wie bei der Buchung des Weihnachtsurlaubs der Familie Wulff im Mai 2009, einen Flugpreis von 5 884 Euro für die Business Class. Die Differenz von 69 Euro beruht offenkundig auf Preiserhöhungen 2009/2010.

Zu 3:

Herr Hunold hat dem Ministerpräsidenten unmittelbar nach dessen Wahl am 4. März 2003 zu seinem Amtsantritt gratuliert.

Zu 4:

Entscheidungen der Landesregierung zugunsten von Air Berlin hat es nicht gegeben.

Als Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde über den Flughafen Hannover-Langenhagen trifft das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr genehmigungsrechtliche Entscheidungen gegenüber der Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH, wie z. B. die Regelung von Betriebsbeschränkungen oder die Genehmigung der Start-, Lande- und Abstellentgelte. Derartige Entscheidungen haben natürlich auch Auswirkungen auf das Geschäft der Luftverkehrsgesellschaften und damit auch auf das von Air Berlin.

Die Niedersächsische Landesregierung setzt sich seit Jahren für eine Stärkung und Attraktivitätssteigerung des Flughafens Hannover-Langenhagen ein. Die drei Vertreter des Landes Niedersachsen im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft, der insgesamt aus 12 Mitgliedern besteht, haben - gemeinsam mit den von der Landeshauptstadt Hannover und von Fraport entsandten Aufsichtsratsmitgliedern - entsprechend den gesellschaftsrechtlichen Vorgaben stets die Interessen des Flughafens verfolgt. Dabei sind selbstverständlich vonseiten des gesamten Aufsichtsrates und auch der Geschäftsführung immer wieder Entscheidungen getroffen worden, von denen der Flughafen und auch Fluggesellschaften profitiert haben. Es gab aber keine Sonderbehandlung von Air Berlin gegenüber anderen vergleichbaren Fluggesellschaften. Es ist außerdem darauf hinzuweisen, dass das Land als Minderheitsgesellschafter (35 %) allein auch keinen entscheidenden Einfluss nehmen könnte. Es wäre vielmehr ein abgestimmtes Vorgehen mit mindestens einem der anderen Gesellschafter erforderlich. Unabhängig davon war der Ministerpräsident in solche Entscheidungen nie einbezogen.

Zu 5:

Nein.

Zu 6:

Nein.

Zu 7:

Eine Auswertung der - im Übrigen veröffentlichten - Sponsoringlisten sämtlicher Ministerien und der Staatskanzlei seit 2001 hat ergeben, dass Air Berlin die Sommerfeste der Staatskanzlei von 2005 bis 2009 mit jeweils 7 500 Euro gesponsert hat. Air Berlin nutzt öffentliche Events für werblichen Auftritt. Darüber hinaus ist Air Berlin gegenüber dem Land Niedersachsen hiernach nicht als Sponsor aufgetreten.

Zu 8:

Die Landesregierung verfügt über keine eigenen Kenntnisse über das Spendenaufkommen der CDU in Niedersachsen. Sie hat jedoch vom Generalsekretär der CDU in Niedersachsen die schriftliche Auskunft erhalten, dass die CDU in Niedersachsen in den vergangenen zehn Jahren von dem Unternehmen Air Berlin keine Spenden erhalten hat.

Zu 9:

Nein.

Zu 10:

In den letzten 30 Jahren sind keine Fördertatbestände begründet worden. Davor gab es im Rahmen einer Eigentümergemeinschaft ein öffentlich-gefördertes Wohnungsbauprojekt.

Zu 11:

Herr Geerkens hat in der Amtszeit des Ministerpräsidenten seit 2003 - zum Teil nur einige Tage - an drei Auslandsreisen - einschließlich zweier Nachfolgetreffen - des Ministerpräsidenten teilgenommen.

Die Eckdaten für diese Delegationsreisen wurden - wie üblich - von der IHK ausgeschrieben. Grundsätzlich kann an solchen Reisen jeder teilnehmen und in der Regel wird niemand zurückgewiesen. Die anfallenden Kosten für die Reise tragen alle Teilnehmer selbst.

Zu 12:

a) Ja.

b) Nein.

c) Nein.

Der Ministerpräsident ist in diesen Urlaub - wie auch bei einzelnen anderen Urlauben - ohne Sicherheitsbegleitung gereist. Der Ministerpräsident war dort völlig unbekannt, sodass seine Entscheidung, auf Personenschutz zu verzichten - auch unter Sicherheitsaspekten - vertretbar war.

Durch den Verzicht des Ministerpräsidenten auf eine Sicherheitsbegleitung sind dem Land die hierfür sonst entstehenden Kosten erspart worden.

Zu 13:

Es sind keine Kosten angefallen.

Zu 14:

Ja, wie es unter Freunden üblich ist.

Zu 15:

Der Ministerpräsident hat seinen Weihnachtsurlaub 2009 nicht nur im Haus verbracht, sondern zusammen mit seiner Familie weitere Urlaubsaktivitäten unternommen. Im Rahmen von Urlaubsbekanntschaften hat es gemeinsame Aktivitäten wie Plätzchenbacken und Truthahnbraten gegeben.

In Vertretung des Chefs der Staatskanzlei

Ernst Hüdepohl